

Studienreihe „Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik“

Studienreihe „Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik“, Begleittexte 4. Erscheint im Dezember 2006 als Beilage zu „MitLinks“ Nr. 17, Zeitschrift der offenen Liste der Linkspartei.PDS im Stadtrat. Redaktion der Beilage: Martin Fochler, Juliane Gilles, Dagmar Henn. Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V., Schwanthalerstr. 139 Rgb, 80339 München. Mail: kommunal@kurt-eisner-verein.de. E.i.S. – Eine Initiative des Kurt-Eisner-Vereins für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik der Linkspartei.PDS im Münchner Stadtrat

Workshop „Konservative Leitbilder und linke Kritik“ Tagungsberichte und Dokumente

Workshop der Rosa Luxemburg Stiftung und des Kurt-Eisner-Vereins für politische Bildung in Bayern e.V. vom 4. bis 5. November im EineWeltHaus in München – Zusammenstellung und verbindende Texte: Dagmar Henn, Martin Fochler

Teil I: Was ist Konservatismus?

Samstag, 4.11.2006, 19 Uhr Podium mit: Dr. Gerhard Hirscher, Hanns-Seidel-Stiftung, München, Martin Fochler, Kurt-Eisner-Verein, München, Dr. Harald Pätzolt Linkspartei.PDS, Berlin, Dr. Lutz Brangsch Rosa LuxemburgStiftung, Berlin. Moderation: Florian Weis, Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin.

Fundierung und Perspektiven des bürgerlichen Lagers im deutschen Parteiensystem

Zusammenfassung des Beitrages von Dr. Gerhard Hirscher, Hanns-Seidel-Stiftung, im Rahmen des Workshops „Konservative Leitbilder und linke Kritik“

Von Florian Weis

Der Eröffnungsbeitrag des Workshops „Konservative Leitbilder und linke Kritik“ durch Gerhard Hirscher von der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung stellte für beide Seiten, die Veranstalter KEV/RLS wie für den Referenten, in gewisser Weise das Betreten von Neuland dar. Umso erfreulicher war es, dass sowohl die Veranstalter und die TeilnehmerInnen als auch der Referent am Ende den Eindruck hatten, eine außerordentlich anregende Veranstaltung erlebt zu haben. Was Anliegen jeder politischen Bildungsarbeit ist, in der Praxis (auch derjenigen der RLS) aber keineswegs immer gelingt, war hier möglich: Auf der Basis analytischer Fragestellungen zu Einschätzungen über den Gegenstand der Veranstaltung (hier: die Substanz des Konservatismus und seine Stabilität bzw. Gefährdung in seinen parteipolitischen Formen) zu kommen, ohne wechselseitig agitieren zu wollen. Insofern eignet sich der Workshop im ganzen und insbesondere die Diskussion mit Gerhard Hirscher besonders gut, um deutlich zu machen, was die Arbeit der RLS und ihrer Landesstiftungen, bei aller Parteinähe zur Linkspartei und zur neuen linken Partei, deutlich von Parteaufgaben unterscheidet. In den Geruch, eine verkappte Wahl- oder Parteiveranstaltung zu sein, kam der Workshop „Konservative Leitbilder und linke Kritik“ jedenfalls nicht.

Gerhard Hirscher stellte in seinem Beitrag dar, wie

sich das bürgerliche „Lager“ generell zusammensetzt, wo seine Wählerschaft in Bayern liegt und welche Schwierigkeiten es für eine bürgerliche Mehrheit im Bund gibt. Der Schwerpunkt seiner Ausführungen lag dabei auf der CSU und der Bundes-CDU, andere CDU-Landesverbände sowie die FDP nahmen demgegenüber einen geringeren Raum ein.¹

Der klassischen Lagereinteilung folgend (Union und FDP auf der einen, SPD und Grüne bzw. ggf. zusätzlich mit der Linkspartei.PDS auf der anderen Seite) hat das bürgerliche Lager auf Bundesebene zuletzt 1994 eine (schon damals knappe und relative) Mehrheit gewonnen. „rot-rot-grün“ kommt auf zuletzt jeweils rund 51 % der Stimmen, während die Union auf für sie zwischen 1953 und 1994 unvorstellbare Werte von deutlich unter 40 % bei dreiaufeinander folgenden Bundestagswahlen absank. In den westdeutschen Bundesländern liegt das bürgerliche Lager dabei, nach einem zwischenzeitlichen deutlichen Rückstand 1998, hauchdünn vor „rot-rot-grün“ (rund 49 % zu 48 %, 2002 und 2005), in den ostdeutschen Bundesländern dagegen gibt es seit 1994 eine klare „rot-rot-grüne“ Mehrheit von zunächst über 55 % und mittlerweile rund 61 %.

Anders sieht es vielfach bei Landtagswahlen aus, bei denen die Union während der Schröder-Jahre und verstärkt 2003 bis 2005 zum Teil spektakuläre Erfolge einfuhr. Heute stellt die Union in 11 von 16 Ländern den Ministerpräsidenten, sitzt in 14 Landesregierungen (die SPD in acht), wichtiger aber noch: sie regiert vor allem die bevölkerungsreichen Bundesländer und die wirtschaftlich stärkeren, während die SPD, von Rheinland-Pfalz abgesehen, mit Berlin („rot-rot“) sowie Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Bremen (große Koalitionen) jeweils bevölkerungsärmere und wirtschaftlich schwächere Bundesländer regiert. Die Frage nach Gründen und Stabilität (oder Unsicherheit) →

¹ Siehe hierzu auch: Gerhard Hirscher, Ende der bürgerlichen Mehrheit? Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP. In: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahlen 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 83ff.

→ der Unionsdominanz in den Ländern konnte in diesem Workshop nur gestreift werden, sie soll aber im RLS-Verbund mit Blick vor allem auf die drei parallelen Wahlen Anfang 2008 (Niedersachsen, Hessen, Hamburg) weiter bearbeitet werden. Ein Zwischenfazit nach dem Workshop in München könnte aber lauten, dass die Stärke der CSU in Bayern tatsächlich stärker auf einer Reihe von Spezifika beruht, die für die Union in anderen Teilen Deutschlands nicht bzw. nicht mehr zutreffen.

In Bayern erreicht das „bürgerliche Lager“, von einem Einbruch 1998 auf knapp 53 % abgesehen, stabile Werte bei Bundestagswahlen von annähernd oder über 60 %, bei Landtagswahlen zuletzt sogar deutlich über 60 %, bei einer allerdings geringen Wahlbeteiligung.

Insgesamt hielt Hirscher fest, dass die Union seit Anfang der achtziger Jahre deutliche Rückgänge zu verzeichnen habe, beschleunigt seit Mitte der neunziger Jahre. Dies gelte auch ansatzweise für die CSU, jedoch auf einem weit höheren Niveau als bei der CDU. Allerdings habe ihre Bedeutung als Bundespartei zuletzt abgenommen, zunächst durch die Vergrößerung des Wahlgebiets seit 1990, dann auch durch die Rolle als kleinste Kraft in der Großen Koalition seit 2005.

Die Zusammensetzung der Unionswählerschaft in Bayern untersuchte Hirscher vor allem auf Grundlage der letzten drei Landtagswahlen. Wenig überraschend ist dabei der hohe CSU-Anteil bei den konfessionsgebundenen christlichen Wähler/innen, insbesondere den Katholiken (67 % bei den Wahlen 2003 gegenüber rund 60 % 1994/98), oder auch die sehr hohen Anteile bei Landwirten (zuletzt 91 %) und Selbständigen (64 %). Auffallend ist aber der gestiegene Anteil bei Arbeiterinnen und Arbeitern (von rund 48 % 1994/98 auf 65 % 2003!), dem ein sinkender Anteil bei den Beamten gegenüber steht (zuletzt 42 %). Dieser letzte Punkt wurde am folgenden Tag von Michael Wendl (ver.di) auf die rigide Politik der CSU-Staatsregierung gegenüber den Landesbediensteten zurückgeführt, die u.a. eine deutliche Steigerung der Arbeitszeit für Beamte beinhaltete.

Auffallend sei aber, so Hirscher, dass der Anteil der CSU bei nicht-christlich-konfessionellen Wählerinnen und Wählern zuletzt auf immerhin 39 % gestiegen sei. Zwar sei die CSU in dieser (heterogenen, umfasst sie doch nichtreligiöse Menschen ebenso wie Muslime und andere Nicht-Christen mit Wahlrecht) Gruppe weit unterrepräsentiert, aber sie konnte ihren Anteil von Wahl zu Wahl steigern.

Die Alterszusammensetzung der CSU-Wählerinnen und -wähler weist eine besondere Stärke bei den über 60-Jährigen aus. Angesichts der demographischen Entwicklung sowie der höheren Wahlbeteiligung bei Älteren wächst diese Gruppe, so dass eine Stärke in diesem Bereich nicht gering zu schätzen ist. Als methodisches Defizit benannte Hirscher die fehlende Differenzierung dieser Gruppe (z.B. 60-70/75 und darüber) in der Wahldatenerhebung. Auffallend bei den Landtagswahlen 2003, die wegen der geringen Wahlbeteiligung allerdings einer gewissen Relativierung bedürfen, war der Zuzug der CSU in den jüngeren und mittleren Altersgruppen, so dass die CSU 2003 in allen Altersgruppen auf Werte von 56 % und mehr kam, während sie in den neunziger Jahren nur in den Altersgruppen ab 45 absolute Mehrheiten errang.

Während also hinsichtlich der Alterszusammensetzung und z.T. auch der Berufsgruppen eine Angleichung auf sehr hohem Niveau für die CSU-Wählerschaft festzustellen ist, weisen Daten, die die Bildungsabschlüsse (formale Bildung) untersuchen, eine deutliche Differenzierung aus. Danach errang die CSU selbst 2003 bei den formal Hochgebildeten „nur“ 47 % der Wähler gegenüber 64-67 % bei den formal mittel- bzw. niedrig Gebildeten. In der Diskussion wurde gefragt, ob dies nicht in einer „Wissensgesellschaft“ ein Nachteil sei, was Hirscher bestritt, weil die hohe Zustimmung auch unter formal weniger Gebildeten viel mehr dem Anspruch der CSU als einer schichtenübergreifenden Volkspartei entspreche.

Hirscher stellte für die CSU-Wählerschaft fest, dass die CSU überwiegend relativ hohe stabile Werte in den meisten sozialen, beruflichen und Altersgruppen aufweise. Defizite gebe es insbesondere bei den nichtchristlichen Wählerinnen und Wählern, auch wenn die CSU hier zulege, sowie bei Frauen jüngeren und mittleren Alters. Obgleich die Landtagswahl 2003 einige Sondermerkmale aufweise, könne für die CSU eine nach wie vor große Integrationskraft als Volkspartei konstatiert werden.

Für die Union insgesamt stelle sich dies schwieriger dar. Hirscher stellte an Hand der Bundestagswahlergebnisse von 2005 im Vergleich zu denen von 1998 und 2002 dar, dass die zwischenzeitlichen Gewinne (v.a. 2002) der Union uneinheitlich waren (2002 und 2005 von der SPD, von der FDP 1998 und 2005, sogar von den Grünen in geringerem Umfang 1998 und 2005). Dagegen verlor die Union bei jeder Wahl in erheblichem Maße durch den Generationswechsel. Zudem gab sie 2005 massiv Stimmen an die FDP ab, ferner an die kleineren Parteien und schließlich sogar an die Linkspartei bzw. PDS (1998 und vor allem 2005). Die Union ist bei den über 60-Jährigen am stärksten, muss aber auch in dieser Gruppe Verluste verzeichnen. Anders als bei einzelnen Landtagswahlen schneidet sie auf Bundesebene umso schwächer ab, je jünger die Wählerinnen und Wähler sind. Insgesamt schneidet die Union bei Frauen jüngeren und mittleren Alters am schwächsten ab.

Zusammenfassend stellte Hirscher fest, dass die Union prinzipiell noch alle Alters-, Bildungs- und konfessionellen Bereiche erreichen könne und insofern noch relativ breit als Volkspartei verankert sei. Dies gelte allerdings für die CDU in den meisten Bundesländern in weit geringerem Maße als für die CSU, die von der Arbeitsteilung mit der CDU deutlich profitiere. Die CSU sei deshalb als intakte Volkspartei zu bezeichnen, weil sie sogar bei sinkender Wahlbeteiligung gute Ergebnisse einfahren könne, in ihrer Mitgliedschaft und Organisation stabil sei und aus praktisch allen Gruppen Stimmen holen könne. Die FDP könne auf Bundesebene im Bereich der Selbständigen bzw. des Mittelstandes und zunehmend bei Jüngeren eine Bindungskraft halten und ausbauen. Es ist zu fragen, ob sich die FDP, von kurzen Ausnahmen abgesehen der Inbegriff einer Funktionspartei in den sechziger bis neunziger Jahren, sich unter Westerwelle nicht in eine eindeutige Interessen-, z.T. auch Protest- und Ideologiepartei verwandelt hat. Die CDU hingegen, so ließe sich in Anlehnung an Franz Walter vermuten, auch wenn Hirscher selbst dies nicht for-

mulierte, tut sich zunehmend schwer mit der Integration unterschiedlicher Milieus und Interessen.

Hirscher benannte abschließend die Herausforderungen, vor denen die Union stehe. Dies sind in allgemeiner Form die Bewahrung der Integrationsleistung einer Volkspartei sowie das Problem, hohe Wähleranteile in einem „schrumpfenden Wählermarkt“ zu gewinnen. Die wachsende Gruppe der Nichtwähler stellt für die Union, wie auch für die SPD, eine besondere Herausforderung dar.

Die Altersstruktur stellt für die Union trotz der Alterung der Gesellschaft ein Problem dar, weil weniger jüngere Wählerinnen und Wähler nachrücken als ältere sterben. Ferner steht (auch) die Union vor der Aufgabe, ihre Funktion sowohl als Rekrutierungsorganisation für politischen Nachwuchs wie als Programmpartei zu erhalten. Dabei spielt gerade für die Union die Regierungsbeteiligung eine wichtige Rolle. Spezifisch ist schließlich die Frage der programmatischen Klammer für die Unionsparteien zwischen der Bindung traditioneller Stammwähler und dem Versuch, sich für neue Gruppen zu öffnen. Dies betrifft z.B. die Frage, ob das „C“ im Unionsnamen als Vorteil (Bindung traditioneller Stammwählerschaft, wertebezogene Grundlage für politische Programmatik) oder Nachteil (nichtchristliche Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund bzw. laizistische, konfessionsferne Milieus) anzusehen ist.

Die Union steht vor der wachsenden Problematik, bürgerlich-marktliberale und sozialstaatliche Posi-

tionen („Schutzbund der kleinen Leute“) zusammenzubringen, um eine bürgerliche Mehrheit herstellen zu können. Die fehlende bürgerliche Mehrheit 1998-2005 und die gleichzeitige Profilierung der FDP als marktliberal, ja zunehmend marktradikaler Interessenpartei erschwert den Erhalt eines „bürgerlichen Lagers“. Gleichzeitig, so lässt sich anmerken, verhindert die Ausgrenzung der Linkspartei bzw. ihre eigene Unsicherheit hinsichtlich ihrer bundespolitischen Optionen, dass die rechnerische „rot-rot-grüne“ Mehrheit politische Gestalt annehmen könnte. Vor diesem Hintergrund rät Gerhard Hirscher allen Parteien, auch der Union, sensibel für neue Bündnisse jenseits der alten „Lager“ (bürgerlich versus links) zu werden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde insbesondere gefragt, ob es der CSU gelingen könne, sich einerseits für nichtchristliche Wählerinnen und Wähler sowie für Menschen mit Migrationshintergrund und schließlich für Milieus mit einer Orientierung auf eine Vielfalt von Lebensformen zu öffnen, ohne die Stammwählerschaft zu verlieren. Ein zweiter Fragenkomplex beschäftigte sich damit, ob es der CSU weiterhin gelingen könne, ihren Ansatz einer „sozialen Marktwirtschaft“ unter Einschluss sozialstaatlicher Elemente bewahren zu können, da auch in der CSU diesbezüglich unterschiedliche Flügel festzustellen sind. In ihrer Programmdebatte versucht die CSU dies unter dem Schlagwort der „solidarischen Leistungsgesellschaft“ zu verbinden.

4. Dezember 2006 / Florian Weis

In dem anschließenden Vortrag ging es Martin Fochler um einen Hinweis auf das Leistungsvermögen konservativen Denkens, das auf dem christlichen Menschenbild fußt und von der Gewissensfreiheit ausgeht sowie auf seine Defizite in der Auseinandersetzung mit Autorität und Obrigkeit.

Christlicher Konservatismus, Gewissensfreiheit, Obrigkeit

Nach dem Konzept des Beitrags von Martin Fochler

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, die Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Sozialisten fährt sich nicht selten in dem Versuch fest, die andere Seite zum Feind (Carl Schmitt) zu stempeln und deren Verschwinden mindestens aus dem öffentlichen Leben zu erreichen.

Eine solche Logik der Verneinung führt die Gefahr schrecklicher Missgriffe bei der Wahl der politischen Mittel mit sich. Geschichtlich stellt sich regelmäßig heraus, dass der angestrebte Sieg nicht eintritt oder nicht von Dauer ist.

Dieser kaum bestreitbare Befund bedeutet aber nicht nur, dass die Logik der Verneinung trügerisch ist, sondern auch, dass hier Differenzen vorliegen, die *nicht* – nicht durch Gewalt und nicht durch gute gemeinte Worte – ausgelöscht werden können.

Es scheint sich eher um eine Struktur zu handeln, in der eine Gesellschaft, die Wahlfreiheit kennt, braucht und ausübt, Möglichkeiten ihrer Entwicklung auslotet und alternativ entscheidet.

Schwer denkbar ist, dass sich unter solchen Umständen Mehrheiten um Alternativen bilden könnten, ohne an die vorgefundene Struktur irgendwie anzuschließen.

Wir müssen uns also damit auseinandersetzen, wie

die Unionsparteien zu ihren politischen Entwürfen kommen, denn neue Mehrheiten würden zum Beispiel in Bayern an eine alte Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten anschließen müssen, die von der konstruktiven Tätigkeit der CSU durchdrungen ist und die auch bei einer Änderung in vielen, vielen Belangen noch Rückhalt haben wird und politisches Verständnis fordern darf.

In gewisser Weise zeichnet sich eine solche Konstellation im Verhältnis zwischen großen bayerischen Kommunen und dem CSU-dominierten Freistaat durchaus ab.

Wenn sich die christlich-konservativen Parteien selbst beschreiben, reden sie nicht nur von der Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten.

Man will eine Wertegemeinschaft bilden und sagt mit diesem Ausdruck: Hier liegt mehr vor als eine Liste politischer Ziele zur Ordnung der Gesellschaft. Hier ist von einer Globaltheorie (im Sinne von John Rawls) die Rede, von einem Bekenntnis, das Handlungsorientierung liefert, an dessen Normen sowohl politische Strategien zu messen sind wie auch das individuelle Verhalten.

Die Öffentlichkeit begegnet der Orientierung der Unionsparteien auf eine christlich-abendländische Wertegemeinschaft nicht selten mit Spott. Man hält die tradierte Religion für erledigt oder witzelt über den häufig großen Abstand zwischen christlichen →

→ Geboten und konservativen Strategien.

Aber: Linke Kritik will sich geschichtlichen Erfahrungen stellen. Und da findet sich vor und in der Nazizeit eben nicht nur ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Nationalsozialismus und Konservatismus, eben nicht nur Bereitschaft zum Bündnis gegen den Kommunismus auch um den Preis von Verbrechen.

An der Basis der Gesellschaft und im kirchlichen Leben äußern Christen Kritik, verweigern sich der neuen Autorität und gehen in einzelnen Fällen auch zum Widerstand über.

Als der nationalsozialistische Staat die massenhafte Tötung Behinderter anordnet, stößt auch die Amtskirche mit der Obrigkeit zusammen. Warum? Die christliche Wertegemeinschaft wurzelt im christlichen Menschenbild. Dieser Begriff ist, und das ist für das Verständnis seiner gemeinschaftsbildenden Kraft wichtig, nicht elitär. Er kann auf jeder Bildungsstufe aufgegriffen werden, und ist darin der in sogenannten „goldenen“ Verhaltensregel ähnlich: „Was Du nicht willst, dass man Dir tu“, das füge keinem anderen zu. Hier wie da geht es um die Frage: Was ist menschlich? Der christliche Konservatismus als Globaltheorie ist leicht zugänglich, aber keineswegs inhaltsarm. Er fußt auf weit zurückreichenden kulturellen Erfahrungen.

Das angesprochene „christliche Menschenbild“ entstand in der römischen Kaiserzeit, in einem Territorialstaat, den die zentrale politische Macht als Rechtsraum absicherte, in dem Gütertausch auf der Basis privat geschlossener Verträge verbreitete Praxis wurde. Das war die Grundlage für eine außerordentliche Differenzierung der Gesellschaft, ihrer Wirtschafts- und Kulturleistungen.

Das Recht, über die eigene Sache frei zu verfügen, schloss in dieser Gesellschaft jedoch das Recht ein, versklavte Mitmenschen als Sachen zu gebrauchen, sei es zur Arbeit, sei es zum Luxus. Diese sozial- und arbeitsrechtliche Konzeption durchdringt die antike Welt und zersetzt ihre Sittlichkeit (siehe z.B. Apologien des Justin an den Senat). Sklavenaufstände stellen für eine kurze Zeit die Verhältnisse auf den Kopf, enden aber regelmäßig nach einem kurzen Rausch oft zügellos genossener Macht am Kreuze.

Das aufkommende christliche Bekenntnis verarbeitet die Erfahrung des Misslingens sämtlicher Sklavenaufstände. Dieses neue Bekenntnis nimmt die rechtliche Unfreiheit der Versklavten hin, setzt aber der Konzeption der Versachlichung des Menschen durch den Menschen eine Vorstellung der wechselseitigen Anerkennung entgegen, wie sich aus Konzeptionen wie „Erlösung“, „Nächstenliebe“ usw. erschließt.

Im christlichen Menschenbild bleibt den Menschen, die alle Kinder Gottes und zur Erlösung bestimmt und insofern „Quelle berechtigter Ansprüche“ (Rawls) sind, unter allen denkbaren Umständen ein Rest von Freiheit und Verantwortung, sich zwischen „gut“ und „böse“ zu entscheiden, den keine Macht der Welt irgendetwas aberkennen darf.

So hat die Menschenwürde eine starke Basis in den Traditionen des politischen Denken des Konservatismus, der bei allen Abirrungen sich hierauf immer wieder rückbeziehen kann.

Die Reduktion der menschlichen Freiheit auf einen inneren Kern hat die Vertröstung auf die Erlösung

in einer jenseitigen, besseren Welt zur Ergänzung. Dies hat zu viel Spott Anlass gegeben, ist aber nicht der sozialpolitische Kern der Botschaft. Dieser ist vielmehr durch einen Anspruch auf Ehe und Familie konstituiert worden, und daraus hat sich im Zerfall der Antike der bäuerliche, in die entstehende Feudalordnung eingebettete Familienbetrieb entwickelt.

In diesem Familienbetrieb erfährt der Mensch in der Auseinandersetzung mit der Natur, ihren Geschenken und ihren Unbilligkeiten; die Härte der Ökonomie und die Güte des Schöpfers (sprichwörtlich: Erst Mistus, dann Christus).

Noch in der Soziallehre des ausgehenden 19ten Jahrhunderts (Leo 13., „Rerum novarum“) besteht die katholische Kirche auf dem Recht auf landwirtschaftliches Produktionsvermögen als Grundlage der Familie. Die äußeren Güter kann man sich in konzentrischen Kreisen um die Familie angeordnet vorstellen, sie sind Subsidiar, also von einer höheren Macht bloß verliehen.

Letztlich hängt das konservative Welt- und Menschenbild am Vorgefundenen, an der Welt, wie sie ist, und der Offenbarung, wie sie gegeben worden ist. In dieser Welt von Daten und Traditionen bewegt sich der Mensch und lotet seine Möglichkeiten aus, in dieser feststehenden Struktur sucht der Mensch seinen Platz. Dabei gebieten ihm Klugkeit und Frömmigkeit, „nicht gegen den Stachel zu lösen“ und „sein Kreuz auf sich zu nehmen“.

Unabhängig von seiner Stellung in der Welt gebührt ihm die Anerkennung seiner Menschenwürde und Respekt als Person (Kind Gottes). Entgegen mancher gängigen Kritik wird der Mensch so nicht einfach auf ein besseres Jenseits vertröstet, sondern angehalten, mit „dem Pfund zu wuchern“, das im „der Herr“ gegeben hat (LukasEvangelium). Mach was draus – lautet die gängige Fassung.

Von grundlegender Bedeutung für die Orientierung der Gewissen ist die biblische Botschaft, die durch die der Kirche verkündet wird, die deren Autorität sich aus der Tradition, der direkten Personenfolge nach den Aposteln ergibt, sich aber auf eine schriftliche Tradition stützt. Die schriftliche Fassung der Offenbarung wirkt ihrerseits als Quell einer Gleichheitsvorstellung, sie stellt die vergangenen Generationen neben die heutigen und künftigen und den Priesterstand neben die Laien. Die Grundstruktur des Konservativen bleibt jedoch auch bei dieser Verschiebung der Gewichte zwischen Priestern und Laien erhalten. Es geht um die erschaffene Welt und die gegebene Offenbarung.

In jüngster Zeit tritt im konservativen politischen Denken eine Ausdehnung der christlichen Wertegemeinschaft zur christlich-abendländischen Wertegemeinschaft auf. Das ist ein äußerst problematisches Unterfangen.

Gerade jene Bestimmungen des kritischen Denkens, die Kommunikation und Kooperation von Menschen verschiedener Bekenntnisse gesellschaftlich möglich macht, drohen dabei verloren zu gehen. Die Differenz zwischen Gesellschaft – als durch verbindliche Gesetze bestimmter Bereich des Sozialen – und Gemeinschaft, bestimmt durch das (mehr oder minder) frei gewählte Bekenntnis oder, mit Rawls, den Komplex gemeinsamer Vorstellungen vom Guten) geht dahin.

Ich möchte zur Diskussion stellen, dass der Konservatismus als Bekenntnis zur Organisation von Gemeinschaft und Partnerschaft ein erhebliches Leistungsvermögen aufweist. Es würde sich ohne Schwierigkeiten zeigen lassen, dass auch in der modernen, säkularen Gesellschaft bei der Bewältigung des Lebens auf Regeln zurückgegriffen wird, die in solch einem Sinnzusammenhang stehen.

Die Grundstruktur, wenn wir es modern ausdrücken wollen:

– eine Außenwelt mit gegebenen Bedingungen und sanktionierten Regeln, die den Menschen zur Anpassung zwingen

– und das Gewissen, das „moralische Gesetz in mir“ (Kant), das mir ermöglicht, mich Anforderungen aus dieser Welt als Person zu stellen (unter Ausnahmebedingungen auch einmal entgegenzustellen).

Während der Konservatismus für die Gestaltung des Lebensweges viele Spielräume lässt und auch erschließt, ermöglicht er den Individuen den gestaltenden Zugriff auf das System der materiellen Lebensbedingungen nicht.

In dieser Ordnung, in der die einen „über Viel und Viele“ gesetzt sind, die anderen über wenig (aber niemand über nichts), gibt es strukturnotwendig eine Obrigkeit. Und die ist gefragt, wenn Änderungen fällig sind.

Die „goldene Regel“ – was Du nicht willst, das man Dir tu, das füge keinem Anderen zu – steuert zunächst die eigenen Handlungen. Taten, die durch komplexe soziale Systeme, große Wirtschaftseinheiten, Staaten, Verbände auf Anordnung von Autoritäten realisiert werden, sind auf diese Weise nicht ausreichend zu erfassen.

Das persönliche Gewissen wird erst Alarm schlagen, wenn äußere Gewalten den Mitmenschen an Würde, Leib und Leben schwer beschädigt haben.

Auch im Bereich der „eigenen Angelegenheiten“ entstehen Probleme, die unter den Kapiteln „Umgang mit Andersgläubigen“ und „Mission“ zu bezeichnen sind.

Das verantwortungsbewusste Nachdenken über Angelegenheiten „Anderer“ muss ausgebildet, eingeübt und politisch ausgeübt werden.

Es folgen die Thesen, die Harald Pätzolt seinem Vortrag zu Grunde legte (nach dem Konzept).

Konservatismus vom Mythos bis Merkel

Statement zum Workshop Konservatismus,
München 4./5. November 2006

Von Harald Pätzolt

1. Europa gründet in der griechischen Antike und im Christentum. Der konservative Gedanke auch.

In der griechischen Mythologie finden wir *Nemesis*, die Göttin der gerechten Rache. Sie bestraft menschliche Selbstüberschätzung, Übermut und Anmaßung. Also das, was seitdem *Hybris* genannt wird. Außerdem bestraft *Nemesis* die Missachtung der *Themis*, der Göttin des Rechts, der Ordnung und Sittlichkeit. *Themis* besitzt auch das Wissen von der Zukunft.

Mythen sind Symbolisierungen menschlicher Erfahrungen. Das Problem der *Hybris* ist seitdem im europäischen Denken präsent. Es ist dies der originäre konservative Gedanke bis heute geblieben.

2. In der Neuzeit ist er mit Industrie, Wissenschaft und dem Rationalismus einerseits, gesellschaftlichen Institutionen wie Kirche und Monarchie andererseits verbunden.

Seit Naturwissenschaft, Technik und Industrie einen unbegrenzten Fortschrittsglauben erzeugten, gibt es auch eine konservative Reaktion auf diese Form menschlicher *Hybris*. In der Neuzeit ist die Rede von der *Nemesis aufklärerischen Denkens und technischen Handelns*. Hinzu kommt die Verteidigung der feudalen Ordnung und der Kirche gegen die Anmaßungen der Aufklärung.

3. Seine originäre moderne Gestalt gewann der

konservative Gedanke mit der Kritik der Französischen Revolution durch Edmund Burke.

Die Differenzierung der politischen Ideologie auf dem europäischen Kontinent leitet sich aus den Prinzipien der Französischen Revolution her. Liberalismus, die demokratische und die sozialistische Richtung haben ihren Ursprung in einer Ideologie, d.h. in allgemeinen, vom Verstand als selbsteinsichtig postulierten Grundsätzen und in der Überzeugung, dass eine nach diesen Grundsätzen organisierte Gesellschaft dem Zustand vollkommener Harmonie, Gerechtigkeit und Freiheit sich nähern wird. Der Konservatismus freilich hat seinen Ursprung in einer jeglicher Ideologie und aller Zukunftserwartung abholden Gesinnung.¹

4. Als politischer Konservatismus wird der Konservatismus erst Partei, dann Gegenprogramm und endlich Ideologie.

Nach 1815 nahm der Konservatismus in Frankreich den Charakter einer parteipolitischen Position an. Es ging ihm um den parlamentarischen Kampf um die Interessen bestimmter Gesellschaftsschichten. In Deutschland sah sich der Konservatismus gezwungen, seine Position als Gegenprogramm zu liberalen und demokratischen Forderungen zu formulieren. Das ging einher mit der systematischen Begründung und Rechtfertigung dieser Positionen durch eine traditionale Ideologie.

5. Die Verbindung des politischen Konservatismus mit seinem Ursprung ging dabei verloren.

Mit dem Grundgedanken der Abwehr jeglicher Ideologie und Zukunftsverheißung verliert der Konservatismus die Verbindung zu seinem Ursprung.

6. Mit dem Abschleifen der Antithesen der Parteipositionen in den letzten fünf Jahrzehnten erscheint →

¹ Thesen 3 bis 6 folgen der Darstellung von Siegfried Landshut: Konservatismus. In: Landshut, S.: Politik. Berlin 2004, Bd.1, S. 507ff.

der politische Konservatismus in Deutschland nur noch als durchgehend konservative Tendenz der parlamentarischen Parteien, als Selbstverpflichtung auf die Bewahrung der durch Menschenrechte bestimmten Ordnung des GG.

Allerdings gehört zu diesem Befund auch der, dass heute in Deutschland keine Partei ohne eine gewisse Apotheose des Fortschritts und ohne Huldigung des Wachstumsfetischs auskommt. Allen Parteien sind aber auch skeptische Züge eingeschrieben.

7. Vergleicht man die Wahlprogramme der CDU

² Hier folge ich Konrad Adam: Die Luft wird knapp. In: Die Welt vom 17. November 2005 und Zygmunt Baumann: Wenn Menschen zu Abfall werden. In: Die Zeit vom 17. November 2005

Zur Einleitung der Diskussion verwies Lutz Brangsch, der sich aus Gründen der bereits fortgeschrittenen Zeit zu Gunsten der Diskussion kurz hielt, auf den Umstand, dass der moderne Konservatismus eine eigene Wirtschaftstheorie nicht hervorgebracht habe, diese müsste ja strukturell darauf angelegt sein, der eigenständigen Entwicklung vorgefundener Strukturen Chancen zu lassen. Stattdessen habe man eine Politik des Plattmachens erlebt.

Die folgende Diskussion kreiste zuerst um die Entwicklung konservativer Programmatik. Für die CSU, so Dr. Gerhard Hirscher, sei eine breit in der Partei geführte Programmdebatte etwas Neues; das sei bisher eher bei linken Parteien üblich gewesen. Die Frage, ob neoliberale Ideologen wie Professor Sinn Einfluss auf das Programm nähmen, verneinte er.

In der CSU seien, im Gegensatz zu bereits weiten Teilen der CDU, sowohl unter den Wählern als auch

und der SPD zur BTW 2005, dann zeigt das der CDU zweifellos einen skeptischeren Grundzug als das der SPD: Begriff des Regierens und der Staatsaufgaben, kein Wachstumsfetisch und keine Versprechen einer vollkommenen Zukunft.

8. Politisch konservative Positionen scheinen in der ersten Regierungserklärung der Frau Merkel auf: Das Individuum wird hinter das Gemeinschaftsmitglied zurückgestellt, der Staat ist vormundschäftlich und ein Sicherheitsstaat. Das Verhältnis der Bürger, ist keines von Gleichen, Caritas statt Solidarität, Dienen statt Kooperation.²

in der Mitgliedschaft alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten, auch Menschen mit niedrigen Einkommen oder geringer Bildung. Fänden diese ihre Interessen nicht mehr vertreten, verlöre die Partei ihre Integrationskraft. Eine völlige Unterordnung des Menschen unter den Markt sei auch keine konservative Position.

Einen verstärkten Bezug auf das „christliche Abendland“ bestätigte er. Inwieweit dieser die Erweiterung in eine säkulare Bevölkerung hinein erschwere sei noch nicht abzusehen.

In der Debatte wurde ebenfalls deutlich, dass auch die Linke sich in einem Zwiespalt zwischen konservativen und liberalen Positionen befindet.

Auf der einen Seite wurde geschichtlich oft die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft propagiert und auch praktiziert; andererseits musste sie den absoluten Fortschrittsglauben mittlerweile nicht nur in der Frage der Ökologie relativieren.

Teil II: Linke Argumente und konservative Hegemonien

Sonntag, 5.11.2006, 10 Uhr Podium mit: Siegfried Benker, B90/Die Grünen, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat der LH München, Fritz Schmalzbauer, WASG-Bundesvorstand, Stephan Dünnwald, Bayerischer Flüchtlingsrat, Michael Wendl, ver.di Bayern

Einige Gesichtspunkte aus der Diskussion am Sonntag

Am Sonntagmorgen – die Veranstaltung war besonders in Anbetracht des Zeitpunkts mit fast fünfzig Teilnehmenden wieder gut besucht – führte die Diskussion weiter zu der Frage, was linke Politik der Vorherrschaft des Konservatismus in Bayern entgegenzusetzen könne.

Schon die Einleitungsbeiträge vermieden sorgsam, die Diskussion auf das blinde Gleis einer Werbeveranstaltung für konkurrierende linke Strategien zu verschieben. Unter lebhafter Beteiligung des Publikums sprach man über Probleme linker Politik und auch, ganz vorsichtig, über Möglichkeiten, sie zu überwinden.

Da wir in Bayern eigentlich schon ziemlich bald (Frühjahr 2008) Kommunalwahlen und gleich dar-

auf im Herbst Landtagswahlen haben, bei denen SPD, Bündnisgrüne und Linkspartei im harten Wettbewerb um die Stimmen der Wählerschaft stehen, hätte es leicht zu einer stacheligen und unfruchtbaren Auseinandersetzung kommen können. Dass dies nicht geschah lässt sich auch ganz unemotional deuten. Ein solches Verhalten ist vernünftig, wenn alle Beteiligten eine Verschiebung der Gewichte in der öffentlichen Meinung zu Gunsten der linken Parteien für möglich halten. In einer solchen Situation wäre dann auch „Lagerdenken“ ganz falsch, es käme vielmehr darauf an, zu zeigen, welchen sozialen und politischen Anliegen der Bevölkerung linke Politikansätze besser entgegenkommen.

Die folgenden Stichworte aus der Diskussion beanspruchen nicht, die Beiträge unserer Gäste umfassend und authentisch darzustellen.* Wir dürfen

* Die Präsentationsfolien zum Vortrag von Fritz Schmalzbauer dokumentieren wir im Kasten auf Seite 7.

Konservatismus - Liberalismus

- „katholisches“ Verständnis einer in sich ruhenden, fest gefügten Gesellschaft („heilige Familie“) mit eher ländlich-idyllischem Leitbild, Gott/Natur ist (letztlich) Erfolgsgarant
 - Soziale Stellung, Besitz, Erbe, Bildung wird in der Schicht/Klasse konserviert
 - Regional: „Heimat“ als konservierender Raum/Dorf
 - Geborgenheit, Sicherheit, Regeln, „Vereinswesen“, Erlebte Gemeinschaft, Verhaltensmuster („was sich gehört“)
 - Fürsorglicher Staat, fürsorgliche Gemeinde
 - Religion, (Gut/Böse), institutionalisiert Lebensfragen (Geburt – Tod), Rhythmus
- „protestantisches Verständnis“ einer produktiv – städtischen Gesellschaft, die dem „Tüchtigen“ individuellen Erfolg garantiert („Leistung muss sich lohnen“)
 - Rechtliche Absicherung der sozialen Stellung und Besitzstände (BGB...)
 - Urban – „globalisiert“
 - Jeder ist für sein Glück selbst verantwortlich, Zweckgemeinschaft zur Sicherung der Klasseninteressen, Privatheit (sich abschließen)
 - Staat garantiert den Rahmen (militärisch, juristisch, sozial – soweit gesellschaftlich zwingend)
 - Protestantismus, Laizismus ... privatisiert Lebensfragen, Rhythmen und Rituale werden aufgelöst

Neokonservatismus - Neoliberalismus

- Findet sich mit der Urbanisierung und den (kapitalistischen) Verwertungsbedingungen ab, die „heilige Familie“ im Widerspruch zu anderen Lebenswirklichkeiten
 - Soziale Stellung ... wird de jure durchlässig, de facto konserviert („Wir brauchen auch Handwerker“)
 - Heimat wird zur Folklore, weil im Widerspruch zu Migrationen
 - Gemeinschaftliche/vereinsmäßige Aufgaben werden zunehmend privatisiert bzw. professionalisiert
 - Staat soll seine fürsorgliche Rolle auf das Mindestmaß einschränken (Subsidiarität)
 - Religion wird Formsache, aber nicht zwingend nötig
- Unterwerfung aller (profitablen) Bereiche unter kapitalistische, kurzfristig kalkulierbare Verwertungsbedingungen. Lebensabschnitt- und Reproduktionsgemeinschaften, Erfolg wird an der Börse gemessen, Leistung kurzfristig abrechenbar
 - Soziale Stellung ... (siehe N.K.) Behauptung einer „Wissensgesellschaft“, zu der die Zugänge verengt werden
 - „Global village“ für Eliten, Flexibilisierung für die Massen an Arbeitskräften
 - Idealbild: Fitnesscenter, Gesundheitsparks, Vorrang für privatisierte „Dienstleistungen“, völlig individualisiertes „Zeitmanagement“
 - Staat wird auf Ordnungsfunktionen zurückgeführt
 - Religion wird, wenn überhaupt, zum Vehikel der Selbstbestätigung

„Linke“ Antworten – konservativ?

- Er kämpfte Rechtspositionen sichern und ausbauen (Arbeitsgesetzgebung, Betriebsverfassung/Mitbestimmung)
- Tarifverträge, Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung...
- Humanisierung der Arbeitswelt, mehr frei verfügbare Zeit
- Allgemeiner Zugang zu Bildung und Ausbildung
- Staat: Parlamentarische Gestaltungsfunktionen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit, Transformation individualisierten Protestes/Lebenslagen in die „politische“ Sphäre, Grenzen des Kapitalismus, öffentlicher Raum (Gesundheit, lebensnotwendige Güter/Dienste)
- Wertesystem: Menschenwürde/Persönlichkeitsentfaltung. Freiheit/soziale Gerechtigkeit; Frieden/Abrüstung, Umwelt...
- Entwicklung neuer gemeinwirtschaftlicher Arbeits- und Lebensformen, Vergesellschaftung/Privatisierung
- Individuelle Gestaltungsräume: Kultur, „Freizeit“ und Ermöglichung gemeinschaftlicher/geselliger Selbstverwirklichung (Zeit!)

hoffen, in den nächsten Ausgaben der Studienreihe die Debatte mit Beiträgen aus gar nicht so „fremden Federn“ fortsetzen zu können.

Siegfried Benker verwies darauf, dass sich die Grünen ihre Wahlerfolge in den Gemeinden, den Ländern, im Bund und in Europa durch ihre Fähigkeit zur schonungslosen Kritik errungen hätten. Dann allerdings habe sich herausgestellt, dass aus dieser Kritik politisches Handeln mühsam entwickelt werden müsse. Bündnis 90/Die Grünen habe sich diesen Debatten zum Beispiel auf den Feldern Frieden / Krieg, Demokratische Rechte / Innere Sicherheit, Kulturelle Offenheit / Konkrete Einwanderungs- und Integrationspolitik erst stellen müssen. Die Ergebnisse böten keinen Anlass zur Selbstzufriedenheit, andere Parteien indessen hätten diese schwierige Arbeit noch vor sich. Ein wichtiges und aussichtsreiches Gebiet der Auseinandersetzung mit dem Konservatismus in der Staatspolitik und in der öffentlichen Meinung ergebe sich im Kampf um die Anerkennung kultureller Selbstbestimmung, des Lebensstils, der sexuellen Orientierung, der Bekenntnisfreiheit. Dazu wurde diskutiert, dass das Fragen sind, die im Wählerfeld der CSU ebenfalls als Kontroverse auftreten, denn neben verstärkten Tendenzen zur kulturellen Gleichschaltung bestehen auch Forderungen nach mehr Toleranz. Bezüglich der traurigen Erfahrungen mit der Friedenspolitik wurde über die Notwendigkeit gesprochen, sich frühzeitig mit gewissen Tücken langfristiger Strategien auseinanderzusetzen. Wer zum Beispiel hätte sofort bedacht, das die Signale des damaligen Außenministers Genscher, Einzelstaaten Jugoslawiens anzuerkennen, die Weichen in Richtung Krieg stellten? Als die Grünen in die Regierung eintraten, war jedenfalls nirgendwo Thema, dass eine Absage an diese Zusagen Voraussetzung einer Regierungsbeteiligung sein müsse . . .

Stephan Dünnwalds Beitrag führte die sehr interessante praktische Erfahrung aus, dass die leider breite Zustimmung zur konservativen – man kann schon sagen tendenziell ausländerfeindlichen – Staatsdoktrin und Verwaltungspraxis gerade bei christlich konservativ eingestellten Mitbürgern in der Konfrontation mit konkreten Fällen aufbricht. Einrichtungen wie der Flüchtlingsrat, für den er spreche, müssten die Chancen zur Zusammenarbeit, die daraus folgen, gezielt nutzen. Auf diesem Wege sei vielleicht nicht nur im Einzelfall etwas zu erreichen, sondern auch ein mildernder Einfluss auf die Gesetzgebung und das

Verhalten der Regierung. So sei es nicht undenkbar, dass der konservativ geführten großen Koalition ernsthafte Verbesserungen beim Bleiberecht abgerungen werden könnten.

Der Flüchtlingsrat gebe dabei seine viel weitergehende Kritik am Grenz- und Flüchtlingsregime der Weltpolitik nicht auf.

Dazu wurde diskutiert, dass es nicht genügen könne, die Auseinandersetzung mit konkreten Auswüchsen der Staatspolitik durch weitestgehende Kritiken zu begleiten. Parteien müssten jedenfalls nach konkreten Änderungen der internationalen Regeln über Migration und Grenzregime suchen. Es fiel dabei das Stichwort Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen.

In Fritz Schmalzbauers Vortrag – die Präsentation dazu können wir hier (siehe Seite 7) bereits dokumentieren – ging es um die Differenz, die zwischen dem konservativen Denken, das den Menschen in seinen Bedürfnissen sieht, und der Doktrin der Verfügbarkeit besteht, die von Neokonservatismus und vor allem dem Neoliberalismus verfolgt wird, was zur Kollision mit der Menschenwürde führt. Ein Beispiel für die Chancen linker Politik bieten die Bündnisse, die z.B. mit den christlichen Kirchen bezüglich der Begrenzung der Arbeitszeit und die Sonntagsruhe möglich sind.

Michael Wendl warnte vor der Vorstellung, die DGB-Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit dem politischen Konservatismus als vorgefundenes linkes Potential beanspruchen zu wollen. So wähle in Bayern ein ganz erheblicher Teil der DGB-Mitglieder die CSU. Wendl äußerte sich ziemlich kritisch über die Strategie „Bündnis für Arbeit“. Die heutige Schwäche der Gewerkschaftsbewegung beruhe darauf, dass Lohn und Arbeitsbedingungen durch Verhältnisse der Weltwirtschaft bzw. Regularien der EU entscheidend beeinflusst würden, während die Gewerkschaften im nationalen Rahmen wirkten. Aus dieser Klemme könne ein Bündnis für Arbeit etwa zwischen DGB und Freistaat Bayern nicht herausführen. Obwohl die Gewerkschaften unromantisch als Organisationen begriffen werden müssen, denen es um Lebens- und Entwicklungschancen ihrer Mitglieder, und wie Wendl ohne Umschweife sagte, Aktiven und Funktionsträger gehe, liege in der konsequenten Vertretung solcher materiellen Interessen politisch etwas Fortschrittliches, auch wenn die Zeit, in der der DGB unzweifelhaft als SPD-Richtungsgewerkschaft funktionierte, vorbei sei.

Der Kurt-Eisner-Verein dankt der Rosa Luxemburg Stiftung, den Gästen sowie allen an der Vorbereitung Beteiligten für die Gelegenheit zu einer so weitgespannten und für die Diskussion am Ort fruchtbaren Veranstaltung.